**Nowak Immobilien kritisiert die geplanten Änderungen im neuen Klimaschutzgesetz: Die CO2-Steuer sollen Mieter und Vermieter in Zukunft gemeinsam bezahlen.**

Das Bundesverfassungsgericht hatte das Klimaschutzgesetz der Bundesregierung als unzureichend kassiert. Jetzt müssen CDU/CSU und SPD ihre Klimaziele bis 2030 verschärfen und konkretisieren. Eine der Maßnahmen, die dabei helfen soll, wäre Vermieter künftig zu 50 Prozent an den Kosten der CO2-Steuer zu beteiligen.

Die Vermieter in Deutschland haben ihre Mietshäuser so gebaut, wie es den jeweiligen baurechtlichen Vorgaben entsprach, seit Jahren sind sie bestrebt, ihre Immobilien energetisch zu sanieren, so wie es die zur Verfügung stehenden Technologien, aber auch die finanziellen Mittel erlauben. Nun sollen die Vermieter **„als Belohnung“** für ihre Anstrengungen auch noch die CO2-Abgaben ihrer Mieter zumindest anteilig tragen.

Als Hausverwalter sehen wir ein neues **bürokratisches Monster**, die CO2-Abgabe hälftig zu teilen. Eine große Anzahl von zusätzlichen Mietstreitigkeiten, welche die ohnehin überlasteten Gerichte beansprucht, wird die Folge sein, so der Immobilienexperte Armin Nowak.

Es wird zwar von den Mieterverbänden behauptet, dass die Mieter darauf keinen Einfluss haben. Ist in ihrem Mehrfamilienhaus eine Ölheizung eingebaut, müssen sie diese auch benutzen und können sie nicht austauschen. Das stimmt nicht ganz so, denn bei der Neuanmietung können die Mieter auf Grundlage des bereits bestehenden Energieausweises durchaus Einfluss darauf nehmen, ob die Vermieter die Wohnung vermieten können oder nicht. Mit der Effizienzklasse F wird wohl kein vernünftiger Mieter eine Wohnung anmieten.

Das eigentliche Ziel die Modernisierung von alten Heizungen sollte doch gerade durch die verpflichtende Einführung des Energieausweises erfolgen. Des Weiteren hat der Vermieter keinen Einfluss darauf, wie viel der Mieter heizt oder wie viel Warmwasser er verbraucht, so Armin Nowak.

Klimaschutzpolitisch sei der geplante und hoffentlich gescheiterte Beschluss daher **kontraproduktiv**. Wenn die Politik so deutlich zeigt, dass mit einem Federstreich Vermietern Kosten aufgebürdet werden, die sie weder verursacht,noch zu verantworten haben, bringt das das Fass zum Überlaufen. Es wäre auch damit zu rechnen, dass viele Vermieter nun Mieten erhöhen müssten, um die zusätzliche finanzielle Belastung kompensieren zu können. Alternativ werden viele private Vermieter aufgeben und legen Ihre Altersversorgung anders an, was keinen zusätzlichen Wohnraum mehr schaffen würde, so Nowak.